D 7465

Zeitschrift für das gesamte
KREDITWESEN

76. Jahrgang · 15. März 2023

6-2023

Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

Digitaler Sonderdruck

DIGITALISIERUNG NACHHALTIGKEIT

„Die Themen EPI und digitaler Euro befördern sich gegenseitig“

Redaktionsgespräch mit Andreas Martin

Foto: Adobe Stock / willyam

Redaktionsgespräch mit Andreas Martin

„Die Themen EPI und digitaler Euro befördern sich gegenseitig“

Herr Dr. Martin, der digitale Euro ist längst keine Frage mehr des Ob, sondern nur noch des Wann und des Wie. Zu Letzteren hat der BVR kürzlich ein eigenes Paper „Die Digitalisierung des Euro – Chancen nutzen, Risiken begrenzen“ veröffentlicht. Was waren die Beweggründe zusätzlich zu dem vor gar nicht so langer Zeit herausgebrachten Papier der Deutschen Kreditwirtschaft mit einer eigenen Ausarbeitung zu diesem Thema an die Öffentlichkeit zu gehen?

Ich möchte zunächst betonen, dass dies kein Einzelantritt des BVR ist. Wir sind im Rahmen der Deutschen Kreditwirtschaft, deren Federführer wir in diesem Jahr sind, weiterhin in engem Austausch mit den anderen Verbänden zu diesem Thema. Aber seit der Entstehung des DK-Papiers vor einigen Monaten ist ein größerer Diskussionsprozess in Gang gekommen. Der digitale Euro war lange Zeit ein Insiderthema, denn der Fokus lag fast ausschließlich auf dem Zahlungsverkehr. Mittlerweile haben die Menschen aber erkannt, dass der digitale Euro ein ordnungspolitisches und gesamtgesellschaftliches Thema ist. Deswegen war uns wichtig, noch einmal aktuell auf die Entwicklungen zu reagieren und auf Chancen, aber auch Risiken hinzuweisen.

Spielte die Sorge davor, dass das zweistufige System aus Zentralbanken und Banken aufgeweicht werden könnte, auch eine Rolle?

In den USA und Kanada versucht die Zentralbank mittels des digitalen Zentralbankgeldes auch die Wettbewerbsfähigkeit des Bankensystems zu stärken. Das ist ein guter Antritt, der auch in Europa verfolgt werden sollte. Mit Einführung des digitalen Euro kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Kreditwirtschaft erhöht werden. Dafür bedarf es des Zusammenwirkens von Zentralbanken und Geschäftsbanken idealerweise in einem Ökosystem, in dem wir weiterhin den gemeinschaftlichen Antritt haben.

„Der digitale Euro ist ein ordnungspolitisches und gesamtgesellschaftliches Thema.“

Die Zusammenarbeit von Zentralbanken und Geschäftsbanken ist aber nur die eine Seite der aktuellen Entwicklung: In den vergangenen Wochen ist deutlich geworden, dass die erfolgreiche Umsetzung des Projektes digitaler Euro einen begleitenden politischen Prozess braucht. EU-Kommission und EU-Rat haben sich entsprechend positioniert und auch das EU-Parlament wird sich mit diesem Thema noch befassen. Finanzminister Christian Lindner hat sich bereits dazu geäußert und andere Politiker auch. Genau dafür haben wir von Anfang an plädiert. Der digitale Euro ist mehr als nur Zahlungsverkehr.

Was sind die wesentlichen Neuerungen, die in Ihrem Papier zur Sprache kommen?

Kernaussage ist unsere Unterstützung für das Bestreben der EZB, auf Basis einer neuen Technologie eine neue Bezahloption zu schaffen. Aber es kommt gerade mit Blick auf die Akzeptanz und den Mehrwert einer solchen Option sehr viel auf die Ausgestaltung an. Eine Retail-CBDC sollte möglichst cash-like sein, anonyme Zahlungen ermöglichen und auch offline nutzbar sein, ein Haltelimit umfassen, nicht als Anlageoption ausgestaltet sein und somit einen Abfluss von Einlagen von den Geschäftsbanken vermeiden, von der EZB herausgegeben, von den Geschäftsbanken über Walletlösungen in Umlauf gebracht werden und inhaberbasiert sein. Über die Ausgestaltung muss man jetzt schon reden, nicht erst in einigen Jahren. Dazu wollten wir einen Beitrag leisten.

Es gibt Länder in Europa, die bislang eher zurückhaltend waren. Wie nehmen Sie die Stimmung zum digitalen Euro in Europa inzwischen wahr?

Es gibt zweifellos Länder, die immer noch fragen, wozu es den digitalen Euro überhaupt braucht. Hierzu möchte ich zwei Dinge ausführen. Zum einen hat uns die Vergangenheit gelehrt, dass neue Technologien, wie zum Beispiel jetzt die Tokenisierung, immer auch neue Anwendungsfelder erschließen. Das wird verstärkt durch die Tatsache, dass sich privatwirtschaftliche Wettbewerber mit diesem Themenfeld beschäftigen. Entsprechend muss die EZB die Option digitaler Euro aufgreifen und angehen.

Zum anderen gibt es immer noch weiße Flecken im Zahlungsverkehr in Europa,

die mit einer richtig aufgesetzten Retail-CBDC getilgt werden können. Man kann beispielsweise immer noch nicht überall in Europa P-to-P bezahlen. Es gibt trotz der geplanten Instant-Payment-Regulierung immer noch kein Instant-Payment-System auf QR-Code Basis. Hier kann eine Retail-CBDC sicherlich Anwendungsfelder für den Endkunden schaffen. Dazu sollten die Chancen von Wholesale CBDC für die Effizienz innerhalb des finanziellen Sektors gesehen werden.

Wie muss ein digitaler Euro ausgestaltet sein, damit er für Sie alle wichtigen Funktionen erfüllt?

Die wichtigsten Punkte habe ich vorhin bereits erwähnt. Entscheidend für den Erfolg ist, dass der digitale Euro einen Mehrwert für die Kunden liefert. Banken und Sparkassen müssen auf ihre Kunden zugehen und diesen ein erweitertes Leistungsspektrum anbieten können. Daraus leitet sich zweitens ab: Er sollte sich in bestehende Kunden- und Kontoverbindungen einbinden lassen. Das ist am Ende auch akzeptanzfördernd.

Wichtig ist aber auch ein gesundes Maß an Realismus. Der digitale Euro soll eine Alternative zum Bargeld darstellen, keine Konkurrenz. Entsprechend sollte aus meiner Sicht nicht von Anfang an mit irgendwelchen Erwartungen an Marktanteile an das Projekt herangegangen werden. Die Menschen sollen auch künftig frei entscheiden, wie und womit sie bezahlen wollen.

Welche Risiken sind mit der Einführung einer europäischen Retail-CBCD verbunden? Gibt es Risiken?

Ich nehme wahr, dass sich die EZB sehr intensiv mit möglichen Gefahren auseinandersetzt. Eine Einschränkung der Kreditvergabemöglichkeiten soll ebenso verhindert werden, wie zunehmende Gefahren für die Finanzstabilität oder ein erhöhtes Risiko aus möglichen Bank Runs. Das ist zu spüren.

Aber wir müssen darauf achten, dass nicht aus Versehen weitere Risiken geschaffen werden, sozusagen Kollateralschäden. Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf die Diskussion um eine Verzinsung des digitalen Euro eingehen. Das wäre eine falsche Grundkonstruktion. Denn dann wäre die Retail-CBDC mehr als nur ein digitales Pendant zum papierhaften Bargeld und diente nicht mehr allein dem Zahlungsverkehr. Er würde schleichend zu einem Anlageprodukt und damit zu einer Alternative beispielsweise zum Tagesgeldkonto. Die Retail-CBDC muss sich auf die Anwendungsfelder konzentrieren, wo tatsächlich ein Marktversagen vorliegt.

„Entscheidend für den Erfolg ist, dass der digitale Euro einen Mehrwert für die Kunden liefert."

Nun soll eine Retail-CBDC wie der digitale Euro eine Alternative zum papierhaften Bargeld darstellen. Entsprechend muss sie als weiteres gesetzliches Zahlungsmittel überall akzeptiert werden. Dafür setzt sich die EZB eigenen Aussagen nach ein. Aber wie soll das gelingen? Das Beispiel Schweden zeigt doch, dass das auch mit Bargeld längst nicht mehr funktioniert? Wer kann die Akzeptanz garantieren?

Rein technisch betrachtet, bedarf es zunächst einer einfachen Check-out-Lösung im Handel. Der digitale Euro muss hier in einen Prozess eingebunden werden, der die heute schon bestehenden Zahlungsverkehrslösungen umfasst und künftig dann auch zusätzlich den digitalen Euro. Das Schaffen einer Akzeptanz-Infrastruktur ist primär die Aufgabe der Privatwirtschaft, der Kreditwirtschaft.

Aber Ihre Frage ist durchaus berechtigt: In Berlin gibt es Foodtrucks, die ausschließlich Kartenzahlung akzeptieren. Das ist unter Angabe konkreter Gründe wie Schwierigkeiten mit dem Bargeld-Handling offensichtlich geduldet. Von daher ist es eine Sache, den digitalen Euro zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären und auf der anderen Seite die Annahme zu garantieren. Im Ergebnis sollte dies der Markt regeln.

Bleibt ein zweites wichtiges Thema in diesem Zusammenhang: Wer trägt die Kosten für den Auf-

Foto: BVR

Dr. Andreas Martin

Mitglied des Vorstands, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Berlin

Die Digitalsierung hält mehr und mehr in nahezu alle Lebensbereiche Einzug. Das macht auch vor dem Bezahlen und damit vor dem Geld nicht halt. Entsprechend hat sich die EZB auf den Weg gemacht, das Potenzial und die Notwendigkeit für eine neue Geldform auszuloten – den digitalen Euro. Völlig zu Recht, wie BVR-Vorstandsmitglied Andreas Martin im Redaktionsgespräch betont. Denn immer dann, wenn neue Technologien aufkämen, würden sich auch Anwendungsfelder herausbilden. Und in solch einem wichtigen Bereich wie dem Geld sollte man das nicht ausschließlich privaten Akteuren überlassen, sondern eine hoheitlich garantierte Alternative schaffen, die dem Bargeld ebenbürtig ist. Für die Erweiterung des Geldsystems in die digitale Welt bedarf es laut Andreas Martin gemeinsamer Anstrengungen der EZB, der EU-Institutionen, der Finanzbranche und der Wirtschaft, um drohende Fehler oder Kollateralschäden bei der Ausgestaltung zu vermeiden. Der BVR spricht sich für den Beibehalt des zweistufigen Bankensystems und die Schaffung digitaler Zwillinge für die drei Geldformen aus. (Red.)

bau einer Akzeptanz-Infrastruktur, die Kreditwirtschaft?

Das sollte ebenfalls der Wettbewerb regeln, wie bei bestehenden Zahlungsverkehrsangeboten bislang auch. Ich denke nicht, dass es hierfür einer staatlichen Reglementierung oder Subventionierung bedarf.

Wie groß wären schätzungsweise die Anpassungen bei Bankinfrastrukturen und Geschäftsprozessen?

Hier würde schon einiges an Arbeit auf die IT-Dienstleister wie eine Atruvia oder eine Finanz-IT zukommen. Die Einführung eines digitalen Euro betrifft alle Kontoprozesse von Onlinebanking über App-Nutzung bis hin zu Themen wie Kundenbedingungen. Zudem muss all das auch den Vorgaben der Europäischen Zentralbank beispielsweise in Sachen Haltelimit genügen. Hier werden derzeit beispielsweise sogenannte Wasserfalllösungen mit einer automatischen Konversion diskutiert, um eine Einschränkung in der Nutzung zu verhindern. All das muss gelöst werden und all das erfordert Investitionen.

Wird es hierbei wieder einen Wettbewerb der Systeme zwischen der genossenschaftlichen Finanzgruppe, den Sparkassen und den privaten Banken geben, oder wird man sich zu einer Gemeinschaftslösung durchringen können?

Alles, was direkt am Konto stattfindet, muss institutsspezifisch gelöst werden. Bei Infrastruktur-Themen wie Wallets und Ähnlichem sind gemeinsame Lösungen durchaus möglich und aus meiner Sicht auch wünschenswert.

Braucht es eine Obergrenze für den digitalen Euro?

Ein klares Ja. Bereits im ersten Papier der EZB zu diesem Thema wurde ein Limit angedacht, beziffert mit 3000 Euro. Aus unserer Sicht wäre dieses zu hoch, wir würden 500 Euro bevorzugen. Auch hier sollte die Analogie zum Bargeld und zu einer durchschnittlichen Bevorratung in privaten Haushalten gelten. Dies hilft gleichzeitig bei der durchaus anspruchsvollen Erklärung des Wesens eines digitalen Euro.

Ein niedrigeres Limit verringert zudem die Gefahr eines starken Abflusses von Bankeinlagen in den digitalen Euro, der sich negativ auf die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken auswirken würde. Und zweitens begrenzt ein niedriges Limit die Möglichkeiten von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und bringt dies mit der Privatsphäre beim Zahlen in Einklang.

In der Headline zum Vorwort des vom BVR vorgelegten White Paper heißt es „Neues Geld für Europas digitale Zukunft". Handelt es sich tatsächlich um neues Geld?

Neues Geld ist in der Tat sehr weitreichend formuliert. Es ist eine neue Ausprägung des Geldes und eine neue Darreichungsform. Entsprechend plädieren wir in unserem Papier für „digitale Zwillinge". Ziel muss es doch sein, das bestehende Geldsystem für das Zeitalter der Digitalisierung weiterzuentwickeln. Das geht am einfachsten, wenn den drei gegenwärtigen Geldformen digitale Zwillinge für den Einsatz in der digitalen Welt gegenübergestellt werden. Der digitale Euro als cash-like Variante dem Bargeld, eine Wholesale-CBDC den Zentralbankguthaben der Banken und ein Giralgeldtoken dem Giralgeld.

Was ist der Vorteil eines „digitalen Zwillings" für das Bargeld?

Entscheidend ist der Ausgangspunkt. Es soll gewährleistet bleiben, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin direkten Zugang zu Zentralbankgeld besitzen, sollte aus welchen Gründen auch immer die Bargeldnutzung im Zuge der Digitalisierung weiter zurückgehen. Es muss also etwas geschaffen werden, was dem physischen Bargeld in der digitalen Welt ebenbürtig ist, auch mit Blick auf den hohen Schutz der Privatsphäre.

Braucht es Zentralbankkonten auch für die Bürgerinnen und Bürger? Auch diese Diskussion flackert immer mal wieder auf.

Das ist eine ordnungspolitische Frage. Was ist die Zielsetzung, wenn ein hoheitliches Angebot neben ein privatwirtschaftliches Angebot tritt: Soll das privatwirtschaftliche Angebot verdrängt werden? Oder soll lediglich ein zusätzliches Angebot eingeführt werden, das sich behaupten muss? Wie sieht hierfür der Business Case aus? Wie würde der KYC-Prozess organisiert, wie der AGB-Änderungsmechanismus gestaltet? Wer übernimmt hierfür die Kosten?

Die EZB verneint die Einführung von Zentralbankkonten bislang. Zu Recht, wie ich als überzeugter Marktwirtschaftler finde.

Stichwort Anonymität: Verbraucherschützer fürchten mit Einführung des digitalen Euro den gläsernen Kunden. Zu Recht?

Nein. Diese Gefahr kann durch Konstruktionsprinzipien vermieden werden. Es gibt technische Lösungen, den digitalen Euro anonym und offline auszugestalten.

„Wir plädieren für ‚digitale Zwillinge', um das Geldsystem für das Zeitalter der Digitalisierung weiterzuentwickeln."

„Es gibt technische Lösungen, den digitalen Euro anonym und offline auszugestalten."

Spannender finde ich die Frage nach der Resilienz von digitalem Geld. Bargeld weist eine sehr hohe Resilienz aus, mit Bargeld kann nahezu immer und überall bezahlt werden, auch ohne Netz und ohne Strom. Dies spricht für den digitalen Euro als Inhaberinstrument.

Erhöht der digitale Euro das Risiko von Geldwäsche?

Wenn eine Retail-CBDC wie angedacht als reines Substitut zum Bargeld konstruiert wird, sehe ich das Risiko nicht steigen. Allerdings wird es sich auch nicht zwingend verringern.

Der digitale Euro soll die Souveränität Europas im Zahlungsverkehr stärken und ein Gegenmodell zu Angeboten großer globaler Wettbewerber darstellen. Löst er auch die Probleme Europas auf der Scheme-Seite?

Sie spielen auf die European Payment Initiative an. Ich glaube, dass EPI eine sehr sinnvolle Kombination mit dem digitalen Euro sein wird. Zum einen setzt eine Retail-CBDC eine digitale Wallet voraus. Diese braucht EPI genauso und will sie auch bereitstellen. Andersherum kann EPI der Systemanbieter für Zahlungen mit dem digitalen Euro am POS über QR-Code und Instant Payments sein. Die beiden Themen befördern sich also gegenseitig.

Aber eines ist auch klar: Die Neuauflage von EPI 2.0 macht nur dann Sinn, wenn wir alle wirklich daran glauben. Denn es müssen erhebliche Investitionen getätigt werden.

Ist die Kreditwirtschaft hier in der Pflicht?

Ich verstehe, dass die Politik sehen will, dass die Banken und Sparkassen investieren. Das werden wir auch tun. Denn dadurch steigt auch die Akzeptanz für das zweistufige Bankensystem.

Wir wollen Teil der Lösung sein und Teile der Wertschöpfungskette übernehmen und abbilden, sei es beim digitalen Euro, sei es bei Angeboten im Bereich der Giralgeldtoken, um Machine-to-machine-Zahlungen künftig zu erleichtern. Da muss und wird die Finanzindustrie liefern.

Besteht die Gefahr, dass die deutsche Kreditwirtschaft zwar beim digitalen Euro Teil der Lösung bleibt, bei einer Wholesale CBDC dagegen nicht?

Ich würde das nicht als Gefahr, sondern als Challenge sehen. Entscheidend ist am Ende, ob unser Angebot eines Giralgeldtokens im B-2-B-Bereich wettbewerbsfähig ist, ob diese Lösung so embedded ist, dass dieser Prozess einfach genutzt werden kann.

Ich fasse zusammen: Der digitale Euro kommt, er wird sich europaweit durchsetzen und er wird für Themen wie Wallets und damit auch die Systemfrage mit EPI ein Beschleuniger sein.

Dem ist nichts hinzuzufügen – sofern er „richtig“ ausgestaltet wird. Und dafür sollte der politische Rahmen bereits jetzt in der notwendigen Detailtiefe gesetzt werden.